Niederschrift

über die 41. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 05.06.2012, von 17.00 Uhr bis 19.15 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift am 15. Mai 2012
4. Vorbereitung der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Stadt Haldensleben
5. Förderanträge
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 15. Mai 2012
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Ausschussmitglieder und Herr Dr. Graetz, sachkundiger Einwohner anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Stadtrat Gunter Ranzinger vertritt Stadtrat Dr. Michael Reiser. Stadtrat Tim Teßmann hatte sich entschuldigt.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; damit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift am 15. Mai 2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 15.05.2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Vorbereitung der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Stadt Haldensleben

Mit dem Thema der Öffnung der Schuleinzugsbereiche hat sich der Ausschuss bereits mehrmals befasst. Heute liegen den Stadträten der überarbeitete Satzungsentwurf (Eckpunkte) der Verwaltung und ein gemeinsamer Satzungsentwurf der Grundschulen „Gehr. Alstein“ und „Otto Boye“ vor. Zudem wurden Unterlagen der Städte Magdeburg, Weißenfels und Aschersleben, die die gleiche Thematik betreffen, zur Orientierung übergeben.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki würde vorschlagen beide Satzungsentwürfe durchzugehen und zu prüfen, welche Formulierungen letztendlich aus den beiden Entwürfen bzw. auch aus den Mustersatzungen der

o. g. Städte in eine Satzung übernommen werden können. Denn es sei lt. Beschluss des Stadtrates vorgesehen, ab dem Schuljahr 2013/2014 die Schuleinzugsbereiche zu öffnen.

Weiterhin sollen die bestehenden Verträge zur Beschulung der Kinder aus den Orten Süplingen, Bodendorf und Born gekündigt werden. Darüber sei bereits in der letzten Sitzung kontrovers diskutiert worden. Von daher möchte er das heute noch einmal zur Diskussion stellen und wenn möglich, zum Abschluss bringen. Sein Standpunkt dazu sei: Wenn die Schuleinzugsbereiche geöffnet werden, müsse das für alle Kinder gelten (Gleichheitsprinzip). Wie sehen das die Anwesenden?

Stadtrat Eberhard Resch würde eine andere Formulierung wählen. Momentan könnte man es so verstehen, dass überhaupt keine Beschulung mehr für diese Orte in Haldensleben erfolgen wird.

Wenn die Formulierung für missverständlich erachtet werde, könne diese konkretisiert werden, meint **Dezernent Otto**. Mit den betreffenden Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften werden diesbezüglich noch Gespräche geführt werden. Wenn die Öffnung der Schuleinzugsbereiche in den Gemeinden auf entsprechende Zustimmung stoßen sollte, wolle die Verwaltung auch vor Ort Elternversammlungen durchführen und die Öffnung der Schuleinzugsbereiche mit den Eltern besprechen.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki bittet, dass den Gästen Rederecht erteilt werde – dem stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Die Öffnung der Schuleinzugsbereiche betreffe nicht nur die Zubringergemeinden Süplingen, Born und Bodendorf, sondern auch die Ortseile Satuelle, Uthmöden, Hundisburg und den Stadtteil Althaldensleben. Das sind für **Herrn Vogler** gewachsene Einheiten, die man nicht auseinander reißen sollte. Nach dem überarbeiteten Satzungsentwurf, d.h. nach den Auswahlkriterien haben diese Kinder nicht einmal die Chance, Punkte bezüglich Entfernung Wohnort – Schule angerechnet zu bekommen. Alle Kinder wohnen weiter entfernt als 1000 m von den Schulen. Um eine Gleichbehandlung zu erreichen, haben sie in ihrem Entwurf folgende Formulierung vorgesehen: „Kinder aus den der Schule zugeordneten Ortsteilen von Haldensleben werden den bisherigen Stammschulen zugeordnet und erhalten dort die gleiche Punktzahl wie Kinder aus der unmittelbaren Schulnähe“, so dass diese Kinder zumindest eine Chance haben, alle in einer Schule zu bleiben. Welche Schule sie dann anstreben, obliege ihrer Entscheidung.

Die Punktzahl komme erst dann zum Tragen, wenn die Kapazitäten der jeweiligen Schule ausgereizt sind, macht **Dezernent Otto** deutlich. Seines Erachtens spreche nichts dagegen, den Passus, wie von Herrn Vogler vorgeschlagen, in der Satzung zu ergänzen.

Eine Formulierung könnte auch sein, so **Herr Vogler**, Schüler und Schülerinnen aus den Zubringergemeinden Süplingen, Bodendorf, Born und Hütten haben an ihrer traditionellen Grundschule den Vorrang.

Es könne nicht sein, dass fremde Gemeinden gegenüber den Haldensleber Kindern bevorzugt werden, entgegnet **Dezernent Otto**. Allenfalls sei eine Gleichbehandlung denkbar. Eine Gleichbehandlung sei schon viel, wenn man bedenkt, dass es im Zweifelsfalle dazu führen kann, dass ein Kind aus Haldensleben einen Platz nicht bekommt, weil ein Kind aus einer Nachbargemeinde diesen Platz vorrangig besetzt.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki regt an, die „traditionellen Grundschulen“, wie es im Entwurf der Satzung formuliert ist, namentlich zu benennen. Ebenso würde er es für gut heißen, wenn die Straßen, die sich in naher Umgebung der Schule befinden, in der Satzung aufgeführt werden (Beispiel Weißenfels).

Weiterhin hinterfragt er, ob bei Öffnung der Schuleinzugsbereiche es wirklich notwendig ist, dass sich jede Familie für eine Schule entscheidet. Kann man nicht von vornherein sagen, dass erst einmal jedes Kind in der Schule seines ehemaligen Schuleinzugsbereiches eingeschult wird und nur, wenn das Kind eine andere Schule favorisiert, hat es im Rahmen der Satzung die Möglichkeit, seinen Wunsch zu äußern. Dann hat man nur die Familien, die es wirklich wünschen zu bearbeiten, ansonsten muss man jede Familie bearbeiten.

Zum Vorschlag des **Ausschussvorsitzenden**, die naheliegenden Straßenzüge mit aufzuführen, merkt **Amtsleiterin Scherff** an, dass es eigentlich Sinn der Vergabe der Punktzahl ist, im Zweifelsfall auch die genaue Wohnortentfernung abzumessen; ansonsten würde jedes Kind die gleiche Punktzahl erhalten.

Die Entfernung sei ein objektives Kriterium und ohne großen Aufwand zu ermitteln, ergänzt **Dezernent Otto**. Von dem Vorschlag, eine Liste mit Straßennamen beizufügen, würde er abraten wollen. Wenn man den Ortsteilen und den Zubringergemeinden eine bevorzugte Punktzahl zukommen lässt, sei das konkrete Benennen der „traditionellen Grundschule“ entbehrlich.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fasst zusammen, dass ein Auswahlkriterium die Entfernung Schule /Wohnort sein soll. Für die auswärtigen Schüler (Ortsteile und Zubringergemeinden) ist der kürzeste Weg die Entfernung vom Wohnort zur jetzigen traditionellen Schule und dafür bekommen die Kinder ihre entsprechenden Punkte angerechnet.

Weiterhin spricht Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki die Schulanfängerkapazitäten an, die nach dem Entwurf der Verwaltung an den Hortkapazitäten festgemacht wurden. Die 1. Frage sei, will man es überhaupt festmachen. Er würde sagen, ja. Die 2. Frage sei, macht man es 100%ig an der Hortkapazität fest oder geht man mit 10 % darüber. Nach Aussage von Stadtrat Zeymer sei es rechtlich nicht zulässig, sich an der Hortkapazität zu orientieren. Andererseits besuchen die meisten Schüler auch den Hort an ihrer Schule. Lt. Übersicht 90 %, von daher sei man eigentlich gezwungen, sich daran zu halten.

Nach Auffassung von Herrn Vogler könne man die Schülerkapazität nicht an den Hortplätzen bemessen. Er könnte 240 Schüler beschulen lassen, habe aber nicht so viele Hortplätze.

Die Hortkapazität sei ausschlaggebend. Die Schüler die beispielsweise in der GS Boye eingeschult werden, sollten auch die Möglichkeit haben, den Hort der GS Boye besuchen zu können, erwidert Amtsleiterin Scherff.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki erwähnt, dass berücksichtigt werden müsse, dass die Süplinger Schüler nicht den Hort der GS Boye besuchen, sondern den Hort in Süplingen. Deshalb war seine Frage bezüglich der Hortkapazität 100 %, 90 % oder 80%.

Stadtrat Eberhard Resch denke auch, dass man die Kapazität der Hortplätze mit berücksichtigen müsse; ansonsten fängt man an, die Kinder von einer Schule in den Hort einer anderen Schule, die noch über freie Hortkapazitäten verfügt, transportieren zu müssen.

Als Stadtelternrat müsse Herr Schiefer sagen und das ist auch Wille der Eltern. Es kann nicht sein, dass ein Kind in der einen Schule eingeschult wird und in der anderen Schule den Hort besuchen muss. Eltern sehen Schule und Hort als eine Einheit.

Im Umkehrschluss könnten die Eltern auch diskutieren, dass ihr Kind die Schule nicht besuchen könne, weil kein Hortplatz zur Verfügung steht, entgegnet Herr Vogler. Die GS Boye habe derzeit eine Hortkapazität von 160 Schülern; diese ist komplett ausgelastet bei einer derzeitigen Schülerzahl von 220. Dabei sollte man es auch wenigstens belassen. Im Moment haben alle Kinder, die den Hort besuchen wollen, einen Platz bekommen, denn die Süplinger Kinder fahren wie bereits erwähnt nach Hause. Die 60 Schüler die keinen Hortplatz an der GS Boye haben, sind nicht mit berücksichtigt. Es bringe auch nichts, wenn man festlegt 160 + 10 %. Dann komme er nicht einmal auf 200 Schüler.

Herr Groschner, Elternvertreter von der GS Alstein, möchte ergänzen, dass der Hort der GS Boye ausgelastet ist, weil auch ein Teil Sekundarschüler den Hort der GS Boye besuchen. Die Sekundarschüler könnte man genauso gut in einen Hort umleiten, der freie Kapazitäten aufweist.

Zusammenfassend stellt Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fest, dass man die Kapazitäten einer Schule nicht unabhängig von den Hortplätzen betrachten kann. Evtl. könnte man darüber nachdenken, wie weit die Kapazität einer Schule über die Hortplätze hinaus gehen darf oder nicht. Wie hoch der Teil sein wird, hängt auch davon ab, welche Schüler diese Schule besuchen, ob z.B. Schüler aus einer Ortschaft kommen, die mittags mit dem Bus wieder in ihren Wohnort fahren.

Herr Ranzinger erwähnt, dass das pädagogische Konzept nur mit 5 Punkten bewertet worden ist. Seines Erachtens sollte das inhaltliche pädagogische Konzept künftig höher gewichtet werden.

Das pädagogische Konzept einer Schule sei für Herrn Vogler kein Auswahlkriterium. Wenn man sich als Elternteil für eine Schule entscheidet, entscheide man sich automatisch für das pädagogische Konzept der Schule. Demnach würden allen Kindern diese 5 Punkte zustehen. Ob dafür jedes Kind 5, 10, oder 20 Punkte bekomme, sei dabei irrelevant. Damit könnte dieses Auswahlkriterium in der Satzung auch entfallen.

Bei einer Punktebewertung könne sich Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki vorstellen, dass man für eine Schule z. B. 60 Bewerber hat, 40 können aufgenommen werden und 50 haben die gleiche Punktzahl. Da sei es schwierig, eine Entscheidung zu treffen. Die Städte Aschersleben, Magdeburg und Weißenfels arbeiten nicht mit

Punkten, sondern setzen Prioritäten: erste Priorität sei der kurze Weg, an zweiter Stelle stehe das Profil der Schule usw. Welche Variante würden die Ausschussmitglieder favorisieren?

Im Ergebnis sei die Prioritätensetzung ähnlich wie die Punkteverteilung zu sehen, merkt **Dezernent Otto** an.

Da an der Punkteverteilung festgehalten werde, sollte es nach Meinung des Ausschussvorsitzenden **Klaus Czernitzki** mehr Staffellungen in der Punktebewertung geben (siehe Entwurf der GS = 5, 7 und 10 Punkte).

Amtsleiterin Scherff bittet um konkrete Vorschläge.

Zum Auswahlkriterium Entfernung, möchte **Herr Schiefer** anmerken, dass seine Tochter einen Schulweg von ca. 3,2 km zurücklegen müsse, d.h. sie würde bei der Punktebewertung keine Berücksichtigung finden.

Das Auswahlkriterium Entfernung betreffe eigentlich nur Kinder in der Kernstadt bzw. auf dem Süplinger Berg, die direkt neben einer Schule wohnen. Die allermeisten Kinder kommen mit Bussen zur Schule und da ist es egal, wie sie unter dem Gesichtspunkt des Transportweges zu der einen oder anderen Schule gelangen, so **Dezernent Otto**.

Herr Vogler teilt mit, dass in der GS Boye u. a. Kinder unterrichtet werden, die auf dem Benitz wohnen, teilweise wohnen die Kinder auch 3 km von der Schule entfernt. Wenn diese Kinder nicht bei der GS Boye berücksichtigt werden können, müssten sie beispielsweise bis zur GS Kästner fahren und hätten somit einen Schulweg von 5 km. Das können diese Kinder allein gar nicht bewerkstelligen, diesen Kindern sollte man dann 7 Punkte einräumen, wenn sie eine Schule wünschen und müssen zu einer anderen Schule unzumutbar weit fahren. Vielleicht könnte man diesen Passus mit in die Satzung aufnehmen.

Herr Groschner möchte zu Bedenken geben, dass bestimmt 90 % der Eltern sich für ihr Kind die Schule aussuchen werden, in der auch die Kinder aus dem unmittelbaren Umfeld beschult werden. Wenige Eltern werden sich aufgrund des Profils für die Schule entscheiden.

Von den Auswahlkriterien werde man vermutlich eher selten Gebrauch machen müssen, weil sich die meisten Eltern ohnehin für die Schule entscheiden werden, die sich in ihrer Wohnnähe befindet, äußert **Dezernent Otto**.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki fragt nach, ob es außer den Auswahlkriterien Entfernung, Geschwisterkinder, pädagogisches Konzept weitere Punkte gibt, die eine Rolle spielen und in der Satzung festgehalten werden sollten. Ihm sei aufgefallen, dass zur Frage Losentscheid im Entwurf der Grundschulen ein Passus enthalten ist, im Entwurf der Verwaltung nicht.

Zudem müsste geregelt werden, wie verfahren werde, wenn ein Kind nicht in der Wunschschule mehr eingeschult werden kann und in eine andere Schule ausweichen muss. Dies müsse sicherlich im Einvernehmen mit den Eltern erfolgen. Kann das Einvernehmen nicht hergestellt werden, muss es eine Regelung geben, die besagt, dass die Stadt oder die Verwaltung oder wer auch immer, berechtigt ist, eine Schule zuzuweisen.

Das sei gesetzlich geregelt, insofern müsste dieser Passus nicht in der Satzung aufgenommen werden, antwortet **Dezernent Otto**.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki ist der Meinung, dass man den Gesetzestext in die Satzung übernehmen sollte.

In der Präambel steht „*traditionelle Schuleinzugsbereiche*“. **Frau Lehrmann** hinterfragt, welche traditionellen Einzugsbereiche die Verfasser des Entwurfes meinen, vor 1992 oder die derzeitigen. Nach den derzeitigen hat die GS Kästner den kleinsten Einzugsbereich.

Nach reger Diskussion, ob die Entfernung Wohnort – Schule oder die Tradition an einer Schule die Grundlage für die Punktevergabe bildet, möchte **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** festhalten, dass es bei Öffnung der Schuleinzugsbereiche keinen Sinn habe, darüber nachzudenken, welche Schüler an welche Schule kommen; dann steht es den Eltern frei zu entscheiden. Wollte man die Schüler gerecht auf alle Schulen aufteilen, müsste man wieder von der Öffnung der Schuleinzugsbereiche abweichen und bräuchte nur die bestehenden Schuleinzugsbereiche verändern.

Die Verwaltung werde mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden nicht darüber verhandeln, zu einer

anderen Schule zu wechseln, sondern dafür werben, dass die Schüler auch unter der Bedingung, dass die Schuleinzugsbereiche freigegeben werden, weiterhin in der Stadt gut beschult werden. Auch zu den gleichen Konditionen beschult werden, wie das für die Haldensleber Schüler gilt, nämlich grundsätzlich an der Schule ihrer Wahl. Die Entscheidung der Eltern lasse sich nicht von außen beeinflussen. Man könne nur versuchen, die Rahmenbedingungen durch eine Satzung festzulegen. **Dezernent Otto** möchte daran erinnern, dass von der Kapazität her eigentlich 2 Grundschulen in der Stadt Haldensleben ausreichend sind, um alle Schüler aufnehmen zu können. Und wenn man das nur unter Kostengesichtspunkten betrachtet, wäre das die allein richtige und vertretbare Entscheidung, nur 2 Schulen zukünftig zu haben und nicht 3 und mit der privaten 4. Trotzdem wurde damals dafür geworben, es bei 3 Schulen zu belassen, weil die inhaltliche Entwicklung der 3 Schulen in den Jahren soweit vorangekommen ist, dass es sehr schade wäre, wenn eine Schule schließen müsse. Wenn sich die Stadt Haldensleben 3 Schulen leistet, dann sollte auf die Kapazitäten geachtet werden, die die Gebäude haben und Schule und Hort als Einheit betrachtet werden und nicht noch weitere Kapazitäten an den Grundschulen geschaffen werden, die man unter dem Strich gar nicht benötigt.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki kommt wieder auf den Satzungsentwurf der Grundschulen zurück. Hierin heißt es: „Kommt es im laufenden Schuljahr zu Zuzügen von Kindern in den unmittelbaren Kernbereich der Schule, so darf die Kapazitätsgrenze um bis zu 2 % der Schülerzahl überschritten werden.“ Er denke, der Hinweis an sich sollte zumindest berücksichtigt werden.

Herr Vogler erklärt, dass es ihnen bei diesem Passus darum ging, „Härtefälle“ im laufenden Schuljahr zu vermeiden. Es könnte durchaus im laufenden Schuljahr beispielweise in der Bülstringer Straße zu Zuzügen kommen und obwohl die Kapazitätsgrenze der GS Boye erreicht ist, sollten diese Kinder zusätzlich aufgenommen werden.

Diesbezüglich gebe es auch eine Regelung im Entwurf der Verwaltung, teilt **Amtsleiterin Scherff** mit. Sie halte die 2 % im Entwurf der Grundschulen für relativ niedrig angesetzt.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki denke, dass sich über die Grundsätze der Satzung zur Öffnung der Schuleinzugsbereiche verständigt wurde. Jetzt sollte über die Differenzen zwischen den Satzungsentwürfen diskutiert werden. Im Entwurf der Verwaltung wurden die Schulfänger zahlenmäßig benannt, im Entwurf der Grundschulen fehlen diese Zahlen. Er geht davon aus, dass die Zahlen der Verwaltung von den Schulleitern so akzeptiert wurden (GS Alstein max. 42 Schüler, GS Boye 48, GS Kästner ab 20).

Frau Lehrmann würde es begrüßen, wenn es für die GS Kästner auch eine Kapazitätsgrenze gebe.

Die Kapazitätsgrenze sei allein dazu da, die Differenzen auszugleichen. D.h., man muss mit den Einschülern versuchen, wieder auf die Gesamtkapazität zu kommen, so **Amtsleiterin Scherff**.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki hinterfragt, ob sich bei der Gesamtkapazität auf die Hortplätze gestützt wurde oder ob mehr Schüler in der Kapazität vorgesehen sind, als Hortplätze.

Die Verwaltung sei von den Hortkapazitäten ausgegangen, habe diese mit der Inanspruchnahme durch Schüler verrechnet und habe die Schülerzahl entsprechend nach oben gesetzt. **Dezernent Otto** wisse allerdings nicht, ob die Süplinger Hortkinder der GS Boye bei der Berechnung mit berücksichtigt wurden.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki bittet zuerst die Schulleiter der GS Boye und GS Alstein zu ihrem Entwurf Stellung zu nehmen.

Herr Blaschke führt aus, dass er bei der Erarbeitung des Konzeptes von einer Hortbesetzung mit einer $\frac{3}{4}$ Regelung ausgegangen ist, d.h. $\frac{3}{4}$ aller Schüler besuchen den Hort. Die GS Alstein hat eine Hortgenehmigung von 150 Plätzen, wobei 200 Plätze natürlich besser wären. Einschulungszahlen haben sie deshalb nicht geregelt, weil es nach dem derzeitigen Schulentwicklungsplan Schwankungen gibt. Mit 42 Einschülern, die die Verwaltung vorsieht, habe er 1,12 Lehrerstunden. Er könnte künftig keine 25 Wochenstunden in der Schuleingangsphase vorhalten und keine 27 + zusätzliche Teilungsstunden für die 3. und 4. Klassen, das würde katastrophale Auswirkungen auf die schulische Bildung haben. Eine 2. Musikstunde und auch andere Dinge wären dann nicht mehr möglich. Wenn die Zahl so bleibt, werde es zudem eine Veränderung der Schulleitung geben.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki merkt an, dass es auch passieren könne, dass aufgrund der Wünsche der Eltern weniger Schüler die GS Alstein besuchen. Auch dann sehe er die Qualität der Bildungsarbeit ge-

fährdet. Und genau deshalb, weil man das nicht planen kann, sei er grundsätzlich gegen die Öffnung der Schuleinzugsbereiche gewesen.

Herr Blaschke wisse inzwischen, dass er für das Schuljahr 2013/2014 nach derzeitigem Stand 47 Einschüler haben werde. Bei 42 Kindern, die die Verwaltung vorgegeben hat, müsse er bereits im Schuljahr 2013/14 ein Auswahlverfahren mit 5 Kindern durchführen.

Herr Vogler hatte bereits beim letzten Mal deutlich gemacht, dass er mit einer Obergrenze von 200 Kindern nur noch einen „Notbetrieb“ absichern kann. Die GS Boye bräuchte 220 Kinder – das ist ein Schulmaß, mit dem man „leben könnte“. Im Schuljahr 2013/14 habe er bereits in den Klassen 2 bis 4 177 Schüler. Somit könnte er lt. Vorgabe der Verwaltung nur noch 23 Einschüler aufnehmen. Von den bisher 51 Anmeldungen müssten 28 Eltern per Losverfahren „ausgesiebt“ werden.

Bei 160 Schülern könne auch die GS Kästner ihr Konzept nicht in vollem Umfang umsetzen, da sie Lehrer an andere Schulen abordnen müssen, erwähnt Frau Lehrmann.

Nach diesen Aussagen stelle sich die Frage, so Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki, ob man tatsächlich diese Satzung weiter diskutieren wolle oder ob man im Interesse der Qualität der Schulbildung die Schuleinzugsbereiche so gestalten sollte, dass alle 3 Grundschulen die gleiche Schülerzahl haben.

Es habe sich gezeigt, dass bei Öffnung der Schuleinzugsbereiche jede Menge Probleme entstehen, die offensichtlich schwer zu händeln sind, so dass sich auch für Stadtrat Eberhard Resch die Frage stellt, ob es nicht besser wäre, die Schuleinzugsbereiche zu verändern. Ihn störe vor allem, dass die größte Schule (Kästner) den kleinsten Einzugsbereich hat. Das halte er für nicht tragbar. Auch für die Schulleiter und sicherlich auch für das Arbeitsklima sei es wichtig, eine gewisse Planungssicherheit zu haben.

Stadtrat Dr. Peter Koch sei nach wie vor ein Verfechter für Schuleinzugsgebiete, aber mit einem Zuschnitt, der den Schulen mit ihren Kapazitäten gerecht wird.

Nach dem Stadtrat Dirk Becker die Meinung der Schulleiter gehört habe, sei er darin bestärkt worden, dass die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche nicht notwendig sei. Die Einzugsbereiche sollten optimiert und den Belangen der Schulen angepasst werden.

In der Diskussion ist deutlich geworden, dass die Qualität der Bildung durch die Öffnung der Schuleinzugsbereiche nicht wie bisher gewährleistet werden kann. Stadtrat Christian Kästner sei auch dafür, dass man den Schulleitern in gleichem Maße eine Planungssicherheit geben müsse.

Stadtrat Gunter Ranzinger sei vom Grundsatz her für die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche. Das ist auch der Standpunkt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Dezernent Otto erläuterte, dass sich die Schülerzahlen in den nächsten 6 Jahren bei 540 Schülern bewegen werden (das Kriterium Zu- und Abwanderung wurde dabei nicht berücksichtigt). Wenn man die Schuleinzugsbereiche so zuschneiden wolle, dass alle Schulen in etwa gleiche Voraussetzungen haben, dann heiße das, dass die Kapazität für jede Schule bei 180 Schülern festzuschreiben wäre. Allerdings müsse noch berücksichtigt werden, dass davon vielleicht noch einige Schüler die private Grundschule besuchen werden. Was er als Problem ansehe würde wäre, wenn die Grundschulen wieder einen fest definierten Einzugsbereich erhalten, dass die Dynamik die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, verloren gehe. Darüber sollte man noch einmal in Ruhe nachdenken und die 220 Schüler, wie sie von Herrn Vogler gewünscht sind, könne er auch bei Änderung der Schuleinzugsbereiche nicht erhalten.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki möchte nunmehr noch einmal die Schulleiter bitten, ihre grundsätzliche Meinung zur Frage Öffnung Schuleinzugsbereiche oder Änderung der Schuleinzugsbereiche zu äußern.

Die GS Kästner war von Anfang an für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche, teilt Frau Lehrmann mit und sie werden auch dabei bleiben. Die Einzugsbereiche neu festzulegen, könne auch schwierig sein - wo will man anfangen, wo will man enden? Alle Eltern sollten das Recht haben, sich die Schule auszuwählen zu können, die sie für ihr Kind möchten. So ist es bei den Kindergärten in großen Teilen und so würden sie das für die Grundschulen auch begrüßen.

Herr Vogler sei auch für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche. Er glaube nicht, was auch die Befragung der Eltern ergeben hat, dass es große Verschiebungen bei den Schülerzahlen geben wird. Vielleicht wollen 3, 4 Schüler in eine andere Schule, damit könne man umgehen. Ein Problem habe er mit der Kapazitätsgrenze von 200 Schülern, weil dann eine Großzahl von Eltern nicht mehr wählen könne, sondern ihre Kinder den Weg zum Süplinger Berg antreten müssten, weil die Kapazität der GS Boye ausgelastet ist. Es könne nicht sein, dass 2013 vielleicht 30 Eltern eine Absage erteilt werden muss. Seines Erachtens müsse es hier eine Übergangslösung geben; Vorschlag: Schuljahr 2013 – Kapazität 230 Schüler und dann gehe es in Fünferschritten vielleicht auf 215 Schüler herunter. Aber man sollte jetzt nicht wieder alles in Frage zu stellen.

Über sinnvolle Übergangsregelungen müsse man immer nachdenken, erwähnt **Dezernent Otto**. So müsse auch bei der GS Alstein darüber nachgedacht werden, ob man die Kapazität nicht auf 181 bzw. 182 erhöht, um nicht die Schulleitung in Frage zu stellen. Aber bei der GS Boye werde man nicht auf Dauer eine Kapazität von 220 Schülern festschreiben können, denn wie gesagt, es gibt rein rechnerisch für jede Schule 180 Schüler. Hier könne man eine Übergangsregelung für 1, 2 Schuljahre finden.

Die Schulleiter haben ihre Meinung noch einmal dargelegt, trotz der Gefahren die gesehen werden, soll an der Öffnung der Schuleinzugsbereiche festgehalten werden. Die Ausschussmitglieder sollten sich der Meinung der Fachleute anschließen und somit an der Erarbeitung der Satzung weiter arbeiten. **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** fasst zusammen, dass festgestellt wurde, dass für die GS Alstein die Kapazitätsgrenze bei 182 Schülern festgeschrieben werden sollte und dass für die GS Boye bezüglich Kapazität für die ersten zwei Jahre auf jeden Fall eine Übergangslösung gefunden werden muss.

Er schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, sich mit der Schulleitung der GS Boye zu verständigen, wie zum einen die Kapazität festgelegt wird und zum anderen eine Übergangslösung zu finden.

Weiterhin erkundigt sich der Ausschussvorsitzende, ob es noch weiteren Diskussionsbedarf im Hinblick auf die Entfernung und Punkteverteilung gibt.

Für die Entfernung verständigen sich die Anwesenden auf folgende Regelung:

500 m	10 Punkte
750 m	7 Punkte
1000 m	5 Punkte

Herr Schiefer hätte noch einen anderen Vorschlag zu machen, weil es gerade mit den Randgebieten von Hal-densleben Probleme mit den Entfernungen gibt. Könnte man nicht für jedes Kind die Entfernung zu jeder der drei Grundschulen ermitteln und für die kürzeste Verbindung gibt es 10 Punkte, für die weitere 7 und dann 5.

Diese Variante würde der Prioritätensetzung für Süplingen, Born usw. widersprechen, weil die Süplinger dann die meisten Punkte für die GS Kästner und nicht für die GS Boye bekommen würden, so **Amtsleiterin Scherff**.

Bei Schülern aus den Ortschaften wurde festgelegt, dass sie den traditionellen Schulen zugeordnet und das ist dann für diese Kinder die nahe liegende Schule und die wird mit dem Namen benannt, entgegnet **Ausschussvorsitzenden Klaus Czernitzki**.

Die Schüler aus den Ortschaften können für die traditionelle Schule 10 Punkte erhalten, aber man kann sie nicht zuordnen, wenn die Schuleinzugsbereiche geöffnet werden, erklärt **Amtsleiterin Scherff**.

Herr Schiefer möchte noch einmal erwähnen, dass das Problem sei, dass ein Kind, das gegenüber einer Schule wohnt 10 Punkte erhält. Seine Tochter würde 0 Punkte erhalten (Entfernung von der Schule 3,2 km) und dadurch eigentlich nie in die GS Kästner kommen, weil das andere Kind 10 Punkte hat. Seine Tochter müsste vielleicht einen noch weiteren Schulweg absolvieren.

Man könne nicht für alle Eventualitäten Regelungen treffen. Es gibt dann immer noch Einzelfallentscheidungen, merkt **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** abschließend an. Er denke, dass über die Satzungsentwürfe ausreichend diskutiert worden ist, so dass die Verwaltung in der Lage sein dürfte zur nächsten Sitzung eine Satzung vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses am 26.06.2012 eine Satzung auf der Grundlage der heute geführten Diskussion zu erstellen.

Bevor dieser Tagesordnungspunkt endgültig beendet werde, möchte Stadtrat Dr. Peter Koch von den Schulleitern noch einmal ein eindeutiges Votum haben, dass sie für die Öffnung der Schuleinzugsgebiete sind.

Herr Blaschke antwortet mit ja, unter der Voraussetzung dass die Zahlen angepasst werden. Auch Herr Vogler spricht sich dafür aus. Frau Lehrmann hatte sich im Vorfeld bereits mehrfach für die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke ausgesprochen.

zu TOP 5 Förderanträge

5.1. Förderantrag Männerchor „Brüderlichkeit“ Hundisburg e.V. von 1927

Der Männerchor „Brüderlichkeit“ plant am 1. Juli 2012 das 25. Parksingen im Landschaftspark Haldensleben -Hundisburg. Es wird ein finanzieller Zuschuss seitens der Stadt in Höhe von 400,00 € erbeten. Kosten insgesamt: 1.700,00 Euro

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen, dem Männerchor Brüderlichkeit den beantragten Zuschuss in Höhe von 400,00 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

5.2. SV Blau-Gelb Uthmöden/Satuelle e.V.

Für das Volksfest vom 20. – 22.07.2012 auf „Gut Detzel“ erbittet der Verein einen Zuschuss seitens der Stadt Haldensleben von 500,00 €.

Kosten insgesamt: 2.400 Euro Zahl der Teilnehmer: ca. 300

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen, dem SV Bau-Gelb für das Volksfest auf „Gut Detzel“ den beantragten Zuschuss in Höhe von 500,00 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

5.3. Förderantrag Haldensleber Rollsport e.V.

Für die Landesmeisterschaft im Rollkunstlauf am 24.06.2012 in der Ohrelandhalle wird eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 170,00 € bei der Stadtverwaltung beantragt.

Kosten insgesamt: 515,00 € Zahl der Teilnehmer: ca. 31

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses lehnen den Antrag ab, da er nicht fristgerecht eingereicht wurde.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

5.4. Förderantrag LG „Roland“Haldensleben

Für den 3. Haldensleber Rolandlauf im Waldstadion am 24.06.2012 erbittet die Laufgruppe „Roland“ einen finanziellen Zuschuss in Höhe von 100,00 €. Kosten insgesamt: 550,00 €

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses lehnen den Antrag ab, da er nicht fristgerecht eingereicht wurde.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

zu TOP 6 Mitteilungen

6.1. Den Mitgliedern des Ausschusses stellt die Verwaltung das Schreiben von Herrn Zeymer „Stadt lockt Erzieherinnen mit höheren Löhnen“ zur Verfügung.

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

Der **TOP 7** entfällt; es liegen im öffentlichen Teil keine Anfragen vor und es werden keine Anregungen gegeben.

Klaus Czernitzki
Ausschussvorsitzender

Protokollführer